



# iran-report

Nr. 05/2007

## ایران رپورت

### I. Innenpolitik

Scharfe Kritik an Ahmadinedschad / Eine Front gegen Radikalislamisten / Erklärung des iranischen Schriftstellerverbandes / Frauenrechtlerinnen zu Gefängnisstrafen verurteilt / Neue Sittlichkeitskampagne gegen Frauen / Instruktionen für Männerhaarschnitte / Studenten protestieren gegen die neue Sittlichkeitskampagne / Festnahme bei Lehrern löst bei Abgeordneten Protest aus / Geheimdienstminister: Frauen und Studenten sind "Träger eines sanften Regimewechsels" / Staudammöffnung bedroht UNESCO-Weltkulturerbe / Interview mit Abdolhassan Banisadr, ehemaliger Staatspräsident der Islamischen Republik

### II. Wirtschaft

Energiekonzern OMV will Erdgasreserven im Persischen Golf anzapfen / Iran will Bau von Atomkraftwerken ausschreiben

### III. Außenpolitik

Ahmadinedschads frohe Botschaft / EU und Iran melden Fortschritte im Atomgespräch / USA: Iran hat Iraker bei der Entführung von Soldaten unterstützt / NATO besorgt über angebliche iranische Waffen in Afghanistan / USA lassen im Irak festgehaltene Iraner in Haft / Gates hält Dialog mit Iran für zentral / Weißes Haus fordert von Iran Angaben über vermissten USA-Bürger / Papst empfängt im Mai Chatami / Mehrheit der Deutschen traut Iran Bau der Atombombe zu / Iranischer Diplomat berichtete über Zeit seiner Gefangenschaft im Irak / Iran lässt zwei Schweden frei / Franzose darf nach zehn Wochen Hausarrest Iran verlassen



*Mit dem iran-report stellt die Heinrich-Böll-Stiftung der interessierten Öffentlichkeit eine Zusammenfassung ihrer kontinuierlichen Beobachtung relevanter Ereignisse in Iran zur Verfügung. Nach der von der Heinrich-Böll-Stiftung im April 2000 veranstalteten Berlin-Konferenz und verstärkt infolge der Anschläge am 11. September stellen die Entwicklungen in Iran und der Region einen zentralen Arbeitsschwerpunkt der Stiftung dar. Der iran-report erscheint monatlich (Nr. 06/2007 Anfang Juni) und wird einem breiteren InteressentInnenkreis aus Politik, Wissenschaft und Medien zur Verfügung gestellt.*

Heinrich-Böll-Stiftung, Berlin, im Mai 2007

Wenn Sie den iran-report abonnieren oder abbestellen wollen, wenden Sie sich bitte an:  
Heinrich-Böll-Stiftung  
lorenz@boell.de  
Fax: 030-285 34 - 494  
Tel: 030-285 34 - 217

Impressum:

Hrsg.: Heinrich-Böll-Stiftung

Autor: Bahman Nirumand

Redaktion: Vera Lorenz

V.i.S.d.P.: Annette Maennel

6. Jahrgang

Heinrich-Böll-Stiftung  
Hackesche Höfe  
Rosenthaler Str. 40/41  
10178 Berlin  
Tel: 030-285 34 - 0  
Fax: 030-285 34 - 109  
Email [info@boell.de](mailto:info@boell.de)  
[www.boell.de](http://www.boell.de)

## I. Innenpolitik

### Scharfe Kritik an Ahmadinedschad

Ein Mitglied der Minderheitenfraktion kritisierte in einer öffentlichen Sitzung des Parlaments scharf die Regierung Ahmadinedschads. Er fühle sich als Abgeordneter verpflichtet, auf den Schaden, den die Regierung kulturell, politisch, ökonomisch und sozial dem Land zugefügt habe, aufmerksam zu machen, sagte der Abgeordnete Waliollah Schodja Purian. Er wolle mit seiner Kritik nicht mehr warten, bis es zu spät und eine Rückkehr nicht mehr möglich sei.

Die Regierung habe unter sehr günstigen Umständen die Geschäfte übernommen. Sämtliche Organe und Institutionen des Staates, wie das Parlament, die Justiz, die Ordnungs- und Streitkräfte hätten sie unterstützt. Alle Hürden, die die Vorgängerregierung zu überwinden hatte, seien beseitigt worden. Auch die wirtschaftliche Lage sei, unter anderem wegen der hohen Öleinnahmen von jährlich 80 Milliarden Dollar, sehr günstig gewesen. Zur Zeit der Regierungsübernahme (2005) hätte die Inflationsrate mit zehn Prozent den niedrigsten Stand seit Jahren erreicht. Infrastrukturelle Investitionen, insbesondere in den Bereichen der chemischen Industrie und der Gas- und Ölindustrie, hätten die Wirtschaft des Landes stabilisiert und bei ausländischen Investoren Vertrauen erweckt. Schließlich seien die Devisenreserven Irans noch nie so hoch gewesen wie zur Zeit der Regierungsübernahme. Unter diesen Voraussetzungen hätte die Regierung die Entwicklung des Landes beschleunigen und große Erfolge erzielen können.

Bedauerlicherweise sei die Regierung, anstatt die einsatzbereiten Kräfte zu koordinieren und das vorhandene Potenzial an Ressourcen und Personal konstruktiv einzusetzen, auf Konfrontationskurs gegangen und habe damit erfahrene Kader ausgegrenzt. Zudem habe sie alle Erfahrungen der Vergangenheit ignoriert und einen neuen Weg eingeschlagen, der das Land in permanente Krisen gestürzt habe. Heute habe sie die Hälfte ihrer Amtszeit hinter sich. Sie habe bisher nicht nur ihre Wahlversprechen nicht einlösen können. Schon ein flüchtiger Blick zeige die großen Schäden, die der Außen- und Innenpolitik, der Wirtschaft und der Le-

bensgrundlage der Bürger zugefügt worden seien. Heute sei die Lage des Landes besorgniserregender als jemals zuvor. Die Misere sei soweit gediehen, dass selbst bei der Regierungsfraktion, die über eine absolute Mehrheit im Parlament verfügt, Kritik an der Regierung immer lauter würde.

In der Agenda, die für die nächsten zwanzig Jahre ausgearbeitet worden sei, seien konkrete Ziele vorgegeben worden, wie zum Beispiel ein Wirtschaftswachstum von 8,6 Prozent, Reduzierung der Arbeitslosigkeit und der Inflation auf unter zehn Prozent, Reform und Verkleinerung des Verwaltungsapparats, Einsparungen im Staatshaushalt und eine zunehmende Unabhängigkeit von Öleinnahmen. Nun müsse man sich fragen, wie weit die Regierung auf diese vorgegebenen Ziele hingearbeitet und was sie davon erreicht habe, sagte Purian. Die Bilanz falle miserabel aus. Die Regierung habe nicht einmal Experten aus der eigenen Fraktion zur Beratung herangezogen. Heute liege das Wirtschaftswachstum, selbst nach manipulierten Angaben der Zentralbank, bei 5,5 Prozent und dies, obwohl die Ausgaben aus dem Fonds der Devisenreserven so hoch sind wie noch nie in der Geschichte der Islamischen Republik. „Wie kommt es, dass die Reformregierung, die mit so vielen Blockaden und Widerständen zu kämpfen hatte und sich angeblich zuwenig um die Angelegenheiten der Wirtschaft kümmerte, mit Devisenausgaben in Höhe von jährlich 20 Milliarden Dollar auskam, jährlich ein Wirtschaftswachstum von 7,5 Prozent erzielen und im Jahr 700.000 neue Arbeitsplätze schaffen konnte“, fragte Purian.

Der maßlose Anstieg der Preise, insbesondere der für Wohnungen und Grundstücke um 40 Prozent, sei der Konzeptlosigkeit und Willkür der Ausgaben der Regierung zu verdanken. Nach Angaben des Forschungszentrums des Parlaments liege in diesem Jahr die Inflation bei 23 Prozent. Damit sei der Zustand erreicht, in dem sich die Wirtschaft in der Zeit vor den Reformen befunden habe, und damit werde man sich endgültig von den in der Agenda festgelegten Zielen verabschieden müssen.

„Haben die sich wiederholenden Parolen und hohlen Versprechungen, die der Staatspräsident bei seinen häufigen Reisen in die Provinz verkündet, die

Entwicklung beschleunigt, den Arbeitslosen Arbeit und den Mittellosen Brot und soziale Gerechtigkeit gebracht? Wer ist für den Schwindel erregenden Anstieg der Importe von Konsumgütern und Lebensmitteln wie Obst und Gemüse verantwortlich, der zum Ruin der einheimischen Produktion und zum Verlust von Arbeitsplätzen geführt hat? Wer hat den Import von zwei Million Tonnen Zucker angeordnet? Dieser Import hat die Zuckerindustrie in der Provinz Khorramschahr an den Rand des Ruins gedrängt und zahlreiche Arbeiter in die Gefahr der Arbeitslosigkeit gebracht. Man muss fragen, wer am Erlassen der Zollgebühren und der beispiellosen Reduzierung der Einfuhrsteuern verdient. Führen solche Maßnahmen nicht zum Verlust des Volkseigentums und zur Bildung einer neuen Wirtschaftsmafia?"

Als Ahmadinedschad die Regierung übernommen habe, hätten die Abgeordneten die Vorgängerregierung wegen des Imports von Waren im Werte von 28 Milliarden Dollar, von denen 75 Prozent Investitionsgüter waren, scharf kritisiert. Heute liege der Import bei 60 Milliarden Dollar, wobei es sich vorwiegend um Konsumgüter handelt. Früher hätten die Abgeordneten mit Recht jede Entnahme aus den Devisenreserven, die den Rückhalt der Wirtschaft bilden, zu verhindern versucht. Heute seien die Reserven nahezu vollständig verbraucht.

Leider sähe es in der Kulturpolitik nicht besser aus, sagte Purian. Im Bereiche Schule und Bildung habe sich die Lage so verschlechtert, dass die meisten Abgeordneten ein Misstrauensvotum gegen den zuständigen Minister erwägen. An den Hochschulen und Universitäten sei die Lage noch nie so katastrophal gewesen wie jetzt. Die Zensurbehörde habe ihre willkürlichen Maßnahmen verschärft, immer häufiger würden Autoren an der Veröffentlichung ihrer Werke gehindert. Bei der Planung der Teheraner Buchmesse habe die Regierung ein Chaos veranstaltet und zahlreiche renommierte Verleger verprellt. „Ist das der Weg, der uns zum kulturellen und wissenschaftlichen Vorbild in der Region machen soll?"

„In der Außenpolitik haben Unbedachtsamkeit, Propaganda-Diplomatie und hohle Parolen den Rahmen für Vernunft, Kompromiss und Zukunftsplanung immer weiter verengt. Das hat dazu geführt, dass der UN-Sicherheitsrat so viele

Resolutionen gegen unser Land verabschiedet hat wie noch nie seit Bestehen der Islamischen Republik. Auch die Sanktionen gegen uns werden immer härter. Hinzu kommt, dass die Strategie der Hinwendung zum Osten und die auf China, Russland und Süd-Afrika gesetzten Hoffnungen zu nichts geführt haben. Auch die Holocaust-Konferenz hat außer Schaden und die Beeinträchtigung des Rufs unseres Landes nichts gebracht. Dasselbe gilt für die demonstrative Freilassung britischer Marinesoldaten. Mit einem Wort, wir sind von der Position eines Landes, das für den Frieden und den Dialog der Zivilisationen eingetreten war, in die Position eines Landes herabgesunken, das als Störenfried der internationalen Sicherheit betrachtet wird.“

Purian beschließt seine Rede mit einem Appell an die Abgeordneten, zu handeln, bevor es zu spät ist. Das Schicksal des Landes stehe auf dem Spiel. Kein Abgeordneter dürfe in dieser sensiblen Lage seine Pflicht zur Verteidigung und Wahrung der Interessen des iranischen Volkes vernachlässigen.

#### **Eine Front gegen Radikalislamisten**

In Anbetracht der allmählich nahenden Parlaments- und Präsidentschaftswahlen scheint sich eine gemeinsame Front aus Reformern und moderaten Konservativen gegen Radikalislamisten anzubahnen. Die Hauptakteure bei dieser neuen Initiative, die das Land vor Schaden bewahren soll, sind die beiden ehemaligen Präsidenten Haschemi Rafsandschani und Mohammad Chatami sowie der ehemalige Parlamentspräsident Mehdi Karrubi.

Bereits bei den Kommunalwahlen und den Wahlen zur Expertenversammlung hatte sich eine inoffizielle Koalition zwischen den Reformern und den Konservativen abgezeichnet. Rafsandschani hatte die meisten Stimmen für die Expertenversammlung in der Hauptstadt Teheran für sich verbuchen können. Auch bei den Kommunalwahlen hatten die beiden Strömungen zusammen genommen fast überall die meisten Sitze gewonnen und den Radikalen um Ahmadinedschad eine herbe Niederlage zugefügt.

Alle drei Politiker haben in den letzten Monaten ihre Aktivitäten spürbar erhöht. Sie sind weit mehr als im Vorjahr in den Medien präsent. Chatami

macht durch seine häufigen Auslandsreisen Schlagzeilen. Dabei versucht er durch Gespräche mit wichtigen Politikern und durch Interviews und Vorträge einen gemäßigten, friedfertigen und kompromissbereiten Gottesstaat Iran zu präsentieren.

Auch im Inland versuchen die drei Politiker die Opposition im islamischen Lager zu organisieren. Es ist erstaunlich, dass einer Einladung Chatamis zum Meinungsaustausch mit Parlamentariern mehr als hundert Abgeordnete, darunter auch solche, die eine Zeitlang Ahmadinedschad unterstützt haben, gefolgt sind.

„Wir müssen die anstehenden Probleme, insbesondere den Atomkonflikt, mit Bedacht und Vernunft zu lösen versuchen, um die Interessen des Landes sichern zu können“, sagte Chatami bei dem Treffen, bei dem auch Meinungen über den Irak, Libanon und Palästina sowie über wichtige Fragen der Innenpolitik und Wirtschaft ausgetauscht wurden.

Rasul Montachabnia, stellvertretender Generalsekretär der Partei Etemad Melli, der Karrubi vorsteht, sagte der Nachrichtenagentur ISNA: „Zur Koordination der Reformbewegung sind weitere Gespräche zwischen Karrubi, Rafsandschani und Chatami vorgesehen. Diese Gespräche sollen nicht nur die nächsten Wahlen zum Thema haben, sondern sich auch wichtigeren und allgemeinen Themen widmen, die die Zukunft des Landes betreffen.“ Bei den Reformern bestehe der Wunsch, dass die drei populären Persönlichkeiten den Kern der Reformbewegung bilden und sich führend an die Spitze dieser Bewegung stellen, sagte Montachabnia weiter. Das bedeute natürlich nicht, dass die bestehenden Parteien ihre Selbständigkeit aufgeben und die Entscheidungen den drei Politikern überlassen. Die drei Politiker sollen vielmehr eine koordinierende Funktion übernehmen.

Rafsandschanis Bruder, Mohammad Hachemi, bezeichnete das Treffen der drei Politiker gegenüber der Nachrichtenagentur Aftab als eine „Koalitionsbrücke“. Er sagte: „Ich habe keine genauen Informationen über den Inhalt der Gespräche, die geführt wurden und noch weiter geführt werden sollen. Doch in Anbetracht der Tatsache, dass es sowohl bei den Reformern als auch bei den Konservativen eine große Anzahl von Parteien und Organisationen gibt, die bei den bevorstehenden Par-

lamentwahlen keine Chance auf Erfolg hätte, erweist sich eine Koalitionsbrücke als dringend notwendig.“

Klar ist, dass sich diese sich abzeichnende „Koalitionsbrücke“ gegen die Radikalislamisten und die Regierung Ahmadinedschads richtet. Nicht klar ist jedoch, was die geplante Koalition außer der Ablehnung des Bestehenden positiv zu bieten hat und wie eine tatsächliche Gemeinsamkeit zustande kommen soll, zumal bekannt ist, dass die Person Rafsandschani bei den Reformern zum Teil höchst umstritten ist.

#### **Erklärung des iranischen Schriftstellerverbands**

Der Verband iranischer Schriftsteller hat sich in einer Erklärung vom 26. April in scharfem Ton an die Regierung gewandt.

Hier die Erklärung im Wortlaut:

Lasst die Menschen in Ruh!  
Der Verband iranischer Schriftsteller ruft mit deutlicher Stimme:  
Was wollt ihr von den Menschen in diesem Land? Warum lasst ihr sie nicht in Ruhe? Was bezweckt ihr mit den sich häufenden Festnahmen, Verhören, Einkerkierungen, Folterungen, Quälereien? Was wollt ihr mit der verschärften Zensur und Freiheitsberaubung erreichen? Lasst doch die Menschen endlich in Ruh!

Die Stimmen der Schriftsteller, die sich dem Leben und der Liebe, der Hoffnung und der Freiheit widmen, werden erstickt, Frauen, die nichts anderes verlangen als ihre Rechte, werden eingekerkert, protestierende Arbeiter, die berechnete Forderungen stellen, werden zusammengeschlagen, Journalisten, die frei berichten wollen, werden in Haft genommen, Lehrer, die gegen die Missachtung ihrer verbrieften Rechte ihre Stimme erheben, werden bedroht und mit Gefängnis bestraft.

Ihr verweigert den Frauen die freie Wahl ihrer Kleidung und damit ein elementares Menschenrecht. Ihr hindert die Studenten daran, in der Gesellschaft aktiv zu sein und ihre Ideen und Begabungen entfalten zu können.  
(...)

Ihr bedroht unter jedem beliebigen Vorwand unabhängige Verleger mit Sanktionen. Ihr zeigt nicht einmal Erbar-

men mit jenen Menschen, die ihr Leben für die Freiheit geopfert haben. Sogar historische Städte, wie Pasargadae (siehe Bericht S. 9), die unsere Väter uns und der gesamten Menschheit vererbt haben, bleiben von eurer Zerstörungswut nicht verschont.

Warum? Wem dienen diese Repressionen, wem dient diese Unvernunft?

Der Verband iranischer Schriftsteller schickt iranischen Arbeitern und den Werkträgern in aller Welt zum internationalen Tag der Arbeit solidarische Grüße und fordert die sofortige Freilassung von Mohammad Salehi, der sich seit dem 1. Mai 2004 in Haft befindet, ebenso wie die Freilassung aller gefangenen gehaltenen Arbeiter, Lehrer, Studenten, Frauen und Journalisten. Macht endlich Schluss mit den Repressionen.

Lasst uns alle nach einer Welt streben, in der es keine Kriege, keine Unwissenheit und keinen Hunger gibt, einer Welt, in der die Menschen frei, sicher und gleichberechtigt leben können.

#### **Frauenrechtlerinnen zu Gefängnisstrafen verurteilt**

Das Teheraner Revolutionsgericht hat am 19. April zwei Frauen zu harten Gefängnisstrafen verurteilt. Fariba Dawudi Mohadjer erhielt vier Jahre Gefängnis, davon drei Jahre zur Bewährung und Susan Tahmasebi zwei Jahre Gefängnis, davon eineinhalb Jahre zur Bewährung.

Laut Angaben des Anwalts von Frau Dawudi Mohadjer wurde seine Mandantin wegen der Teilnahme an einer Versammlung mit der „Absicht, eine Straftat zu begehen“, verurteilt. Ein so hartes Urteil gegen eine Frauenrechtlerin ist ungewöhnlich. Bemerkenswert ist, dass Frau Dawudi Mohadjer vom selben Gericht von dem bei Dissidenten üblichen Vorwurf „Propaganda gegen die Staatsordnung“ freigesprochen wurde. Dass nun jemand nicht etwa wegen einer begangenen Straftat, sondern allein wegen der angeblichen Absicht, eine Straftat zu begehen, zu vier Jahren Gefängnis verurteilt wird, deutet auf die zügellose Willkür des Revolutionsgerichts. Auch bei Frau Tahmasebi, die wegen desselben Vorwurfs verurteilt wurde, ist die Strafe völlig unangemessen.

#### **Neue Sittlichkeitskampagne gegen Frauen**

Iranische Ordnungskräfte haben erneut eine Kampagne gegen jene Frauen gestartet, die die islamische Kleiderordnung missachten. „Vom Beginn der Kampagne am 21. April um zehn Uhr bis 22. April mittags sind 1347 Frauen verwarnt worden“, sagte ein Polizeisprecher in Teheran. 170 Frauen seien überprüft worden, 58 von ihnen hätten aber wieder gehen dürfen, nachdem sie sich dazu verpflichtet hätten, ihre Kleidung und ihr Auftreten zu ändern. Die Zeitungen zeigten auf ihren Titelseiten Fotos von Polizistinnen im schwarzen Tschador, die junge Iranerinnen in figurbetonter bunter Kleidung ermahnen.

Nach Angaben der Nachrichtenagentur Mehr wurden am zweiten Tag der Kampagne in der Hauptstadt Teheran 179 Frauen und 12 Männer festgenommen.

Oberst Mehdi Ahmadi, Leiter der Informationsabteilung der Polizei, gab bekannt, dass am ersten Tag der Kampagne 2838 Geschäfte durchsucht worden seien. Dabei seien 617 Inhaber verwarnt und 45 Geschäfte versiegelt worden.

Die Nachrichtenagentur Fars hatte gemeldet, dass Frauen beim ersten Verstoß gegen den Kleidungskodex verwarnt, bei Widerstand aber in Gewahrsam genommen werden würden. Bisher waren ähnliche Kampagnen nach einigen Wochen im Sande verlaufen. Dieses Mal werde das aber nicht der Fall sein, sagte der Polizeisprecher. Irans Konservative begrüßten das Vorgehen: „Die derzeitige Situation ist für eine islamische Regierung beschämend“, erklärte Mohammad Taghi Bahar vom Kulturausschuss des iranischen Parlaments. „Ein Mann, der diese Mannequins auf der Straße sieht, wird sich nicht mehr genügend um seine Frau zu Hause kümmern“, fügte er hinzu.

Die islamische Kleidung sieht vor, dass Frauen nur ihr Gesicht und ihre Hände unbedeckt lassen dürfen. Doch diese Anweisungen wurden bislang, trotz Repressionen und ähnlicher Kampagnen, von der Mehrheit der Frauen nie richtig befolgt.

Irans Polizeichef Ahmad Reza Radan meinte, die Kampagne werde zu einer „sittlichen Sicherheit“ führen. Die Missachtung der Kleiderordnung habe bei den Familien Besorgnis ausgelöst,

sagte er. Zudem habe sie schädliche Folgen für die Gesellschaft. Radan erläuterte, wie die Polizei gegen Verstöße vorgehen wolle. Es gäbe Frauen, die unbewusst die Kleiderordnung missachten. Bei ihnen reiche eine Verwarnung aus. Bei der zweiten Gruppe habe man es mit Frauen zu tun, die ein wenig unter Druck gesetzt werden müssen, damit sie sich an die Vorschriften halten. Diese Frauen werde man zunächst an bestimmten Orten in Gewahrsam nehmen. Bei der dritten Gruppe schließlich handele es sich um Frauen, die abgesehen von Verstößen gegen die Kleiderordnung auch sonstige Verhaltensregeln nicht einhalten. Diese Frauen würden der Justiz übergeben und entsprechend bestraft.

Die neue Kampagne hat selbst innerhalb des Regimes Widerspruch und Kritik hervorgerufen. Der rechts-konservative Justizchef Mahmud Schahrudi kritisierte „das neue aggressive Vorgehen der Polizei“ gegen die Frauen. Er sagte, man müsse mit gesellschaftlichen Phänomenen, selbst wenn sie schädlich seien, behutsam umgehen. „Sowohl die Polizei als auch die Justiz müssen darauf achten, dass sie mit ihrem Vorgehen nicht das Gegenteil dessen erreichen, was sie anstreben. Wenn es sich vermeiden lässt, die Leute zum Polizeirevier zu bringen, sollte man darauf verzichten. Frauen und junge Mädchen zur Polizei zu schleppen, bringt nichts als Schaden.“

Doch auch innerhalb der Justiz scheint keine Einigkeit zu herrschen. Der für sein hartes Vorgehen gegen Andersdenkende berühmt-berüchtigte Staatsanwalt Said Mortazawi erklärte: „Wir werden mit aller Kraft die Kampagne unterstützen“. In einer öffentlichen Erklärung des Staatsanwalts heißt es: "Die meisten Frauen, die wie anstößige Mannequins in der Öffentlichkeit auftreten, stehen mit verderblichen Banden in Verbindung."

#### **Instruktionen für Männerhaarschnitte**

Medienberichten zufolge sind Männern westliche Haarschnitte verboten worden. Auch Herrenfriseure sollen ihren Kunden nicht mehr die Augenbrauen zupfen dürfen. Die Polizei habe die Barbieri davor gewarnt, Männer nach westlicher Mode zu frisieren, berichteten die Zeitung „Etemad“ und die studentische Nachrichtenagentur ISNA am 30. April. Verstöße gegen die neuen Anwei-

sungen würden mit einer zunächst auf einen Monat befristeten Schließung des Friseurladens oder dem Entzug der Geschäftslizenz geahndet werden. In Teheran hatten immer mehr Friseure Haarschnitte nach dem Vorbild von Hollywood-Stars oder anderer Prominenter aus dem Westen angeboten.

Zugleich hat das iranische Telekommunikationsministerium den Aufbau eines Filtersystems angekündigt, das „unmoralische“ Multimediamessages über Handys aussortieren soll. Der Oberste Rat der Kulturrevolution habe das Ressort angewiesen, entsprechende Technologie anzuschaffen, um einen Missbrauch zu verhindern, erklärte das Ministerium.

#### **Studenten protestieren gegen die neue Sittlichkeitskampagne**

Rund 2000 Studenten der Universität Schiras haben gegen die neue Sittlichkeitskampagne der Regierung protestiert. Die Demonstranten hätten sich zwei Tage lang auf dem Campus der Universität versammelt, um den Rücktritt des Universitätsrektors zu fordern, berichteten zwei iranische Zeitungen am 24. April. Die Studenten hätten den Professoren den Zutritt zum Gelände der Universität verweigert und einige Fenster zerschlagen, meldete die Zeitung „Etemad“.

Mit den Protesten reagierten die Studenten auf die neuen Verhaltensvorschriften, die das Tragen von ärmellosen T-Shirts und kurzen Hosen außerhalb der eigenen Zimmer verbieten. Zudem hatte die Universität eine Ausgangssperre von 23:00 Uhr bis 05:00 Uhr verhängt. Den Regeln zufolge ist den Studenten auch verboten, Besuch auf ihren Zimmern zu empfangen. Den Wächtern ist erlaubt, die Räume ohne Einschränkungen für Kontrollen zu betreten.

Nach Angaben der Zeitung „Etemad Meli“ haben Einschränkungen und Kontrollen des Verhaltens von Studenten – insbesondere von Studentinnen – in den vergangenen Wochen im ganzen Land zu Protesten geführt.

**Festnahme von Lehrern löst bei Abgeordneten Protest aus**

Wegen der umstrittenen Festnahme von Dutzenden von demonstrierenden Lehrern steht der iranische Bildungsminister Mahmud Farschidi zunehmend im Kreuzfeuer der Kritik. Empörte Parlamentarier drohten ihm mit einem Amtsenthebungsverfahren. Wie die iranische Nachrichtenagentur ISNA am 18. April weiter meldete, wandten sich sechzehn Abgeordnete zudem wegen der Festnahme in einem Protestschreiben an Polizei und Sicherheitskräfte. Berichten zufolge waren gewerkschaftlich organisierte Lehrer im Nordwesten des Landes in den vergangenen Monaten festgesetzt worden, weil sie eine Gehaltserhöhung verlangt hatten. Lehrer gehören in Iran zu den am schlechtesten bezahlten Berufsgruppen.

Auch Studenten waren festgenommen worden, nachdem sie in der nordwestiranischen Provinz Hamedan und in der Provinz Masanderan am Kaspischen Meer für bessere Studienbedingungen demonstriert hatten. Wegen der Festnahme der Pädagogen wurden in einigen Gegenden die Schulen geschlossen.

In dem Protestschreiben forderten die Abgeordneten die Einhaltung von Bürgerrechten. Die Lehrer und Studenten hätten nur ihre gesetzlich und beruflich verbrieften Rechte genutzt. Auch die iranische Anwältin und Friedensnobelpreisträgerin Schirin Ebadi hatte die Festnahmen als Menschenrechtsverletzungen gerügt. In den vergangenen Monaten haben Lehrer landesweit höhere Einkommen verlangt. Die Regierung hat zwar mehrmals versprochen, der Forderung nachzukommen. Bisher ist jedoch nichts geschehen.

**Geheimdienstminister: Frauen und Studenten sind „Träger eines sanften Regimewechsels“**

Geheimdienstminister Mohseni Ejechi bezichtigte Frauen und Studenten, sich als „Träger eines sanften Umsturzes“ instrumentalisieren zu lassen. Es sei eine Verschwörung der Feinde der islamischen Republik im Gange, warnte der Geheimdienstminister. Dabei werde geplant, mit Hilfe der Studenten- und Frauenbewegung einen „sanften Sturz“ des Regimes herbeizuführen. Einige Gruppen seien sogar zu diesem Zweck ins Ausland eingeladen und dort ausgebildet worden. Es werde versucht,

durch finanzielle Hilfen bzw. eine Propagandakampagne die Massen des Volkes von der Staatsführung zu trennen und die Regierung als unfähig darzustellen.

Tatsächlich wurde in den letzten Monaten eine ganze Reihe von Personen, die sich zur Ausbildung oder Teilnahme an Tagungen und Seminaren im Ausland aufhielten, nach ihrer Rückkehr mit diesen Vorwürfen und Verdächtigungen konfrontiert. Nicht alle, auf die diese Vorwürfe zuträfen, müssen unbedingt bezahlte Agenten sein, hatte Ejehi zuvor gesagt. Es reiche, wenn sie sich vielleicht auch unbewusst für die Strategie einspannen ließen.

Offensichtlich versucht das Regime neuerdings eine Atomsphäre der Angst zu erzeugen, in der jeder, der sich an gesellschaftlichen oder politischen Aktivitäten beteiligt, mit Sanktionen rechnen muss. Auch der Kontakt zum Ausland oder die Teilnahme an Seminaren und Tagungen, die außerhalb des Landes stattfinden, sollen dadurch unterbunden werden. Schließlich sollen Aktivitäten, wie die seit Monaten laufende Kampagne der Frauen: „Eine Million Unterschriften für Gleichberechtigung“ diskreditiert und als vom Ausland gesteuert denunziert werden.

Auch ein Staatssekretär im Innenministerium warnte vor Plänen, die eine sanfte Revolution im Iran zum Ziel haben. Sollten die USA Iran angreifen, würden sie nirgends mehr sicher sein, sagte Mohammad Bagher Zolghadr, der als Staatssekretär im Innenministerium für Sicherheit und Ordnung zuständig ist. Iran sei imstande, „täglich mit zehntausenden Langstreckenraketen amerikanische Ziele anzugreifen und auch Israel zu bedrohen“, sagte Zolghadr. Er halte es allerdings für unwahrscheinlich, dass die USA einen Angriff gegen Iran wagen würden. Sie wollen vielmehr versuchen, wie damals gegen die Sowjetunion, durch „sanfte Bedrohungen“ zum Ziel zu gelangen.

Die „sanfte Bedrohung“, erläuterte Zolghadr, sei der Versuch, Iran von innen her zu destabilisieren und ethnische und religiöse Konflikte zu schüren. Washington versuche auch auf die iranische Presse ebenso wie auf regierungsunabhängige Organisationen Einfluss zu gewinnen. Diesen Machenschaften müsse „schleunigst Einhalt geboten werden“. Dies sei die Hauptaufgabe des Innenministeriums.

Zolghadr war, bevor er ins Innenministerium berufen wurde, stellvertretender Kommandeur der Revolutionswächter. Er gehört zu den radikalsten Islamisten, die in militärischen Kreisen über großen Einfluss verfügen. Bekannt wurde er vor allem durch seine harte Haltung gegen die Reformer. In der Regierungszeit Chatamis drohte er mit einem Militärputsch. Den Kritikern des Gottesstaates kündigt er an, er werde ihnen „die Zungen abschneiden“.

### **Staudammöffnung bedroht UNESCO-Welterbe**

Die iranische Regierung hat ungeachtet heftiger Proteste von Archäologen und Umweltschützern am 19. April einen Staudamm 840 Kilometer südlich der Hauptstadt Teheran geöffnet. Dadurch soll ein künstlicher See für die Bewässerung der umliegenden Felder entstehen. Das Wasser könnte mehr als 130 historische Stätten zerstören. Nach Einschätzung von Kritikern wird der See unter anderem eine Straße des antiken Persiens zerstören, die im sechsten Jahrhundert vor Christus die damalige Hauptstadt Persepolis mit der Residenzstadt Susa verband.

Auch das rund 30 Kilometer entfernte Persepolis und die nahe gelegene Stadt Pasargadae könnte nach Meinung der Archäologen an der Feuchtigkeit Schaden nehmen. Beide Städte sind von der UNESCO als Welterbe aufgeführt. „Die regierende Führungsschicht legt keinen Wert auf das kulturelle Erbe Irans“, sagte der Archäologe Parwis Wardjawan. „Es ist ein Akt der Dummheit und Starrsinnigkeit“.

Ali Dadchah vom Zentrum für den Schutz der Menschenrechte kündigte an, mit einer Klage gegen die Dammöffnung vorzugehen. Der neue See werde den Wasserstand in einem 200 Kilometer entfernten Gewässer senken und damit auch die Umwelt schädigen, erklärte er. Die Öffnung des Damms war zuvor mehrere Monate lang verzögert worden, um Archäologen mehr Zeit für Ausgrabungen zu geben.

### **Interview mit Abdolhassan Banisadr, ehemaliger Staatspräsident der Islamischen Republik**

Abolhassen Banisadr war der erste Staatspräsident der Islamischen Republik. Er wurde im Januar 1980 gewählt und im Juni 1981 aufgrund von Differenzen mit Ayatollah Chomeini vom Parlament abgesetzt. Da er Gefahren für sein Leben fürchtete, flüchtete er wenig später nach Paris. Seitdem lebt er dort im Exil. Bahman Nirumand sprach mit ihm Mitte April in Paris.

Herr Banisadr, sind Sie von der Freilassung der britischen Marinesoldaten überrascht worden?

Banisadr: Eigentlich nicht. Denn ich hatte bereits in den Tagen davor Informationen erhalten, die besagten, dass es auf die Regierung einen mächtigen Druck gab, die Affäre so rasch wie möglich zu beenden. Außerdem war es der Regierung nicht gelungen, in der Bevölkerung eine für die Krise notwendige Stimmung zu erzeugen.

Was wollte man überhaupt mit der Aktion erreichen?

Banisadr: Meines Wissens war die Festnahme ohne Kenntnis der Führung der Revolutionsgarden, geschweige denn, des Revolutionsführers Ali Chamenei, erfolgt. Offenbar hatten die Initiatoren gehofft, sie nachträglich für die Aktion gewinnen zu können. Das geschah aber nicht. Keine Fraktion, die über Macht verfügt, ließ sich dafür einspannen.

Wurde Ahmadinedschad zu der Freilassung und dem Schauspiel, das er mit seiner Pressekonferenz aufführte, gezwungen, oder war das seine eigene Idee?

Banisadr: Nein, er hatte ja ganz andere Positionen bezogen, hatte Großbritannien aufgefordert, sich zu entschuldigen, und seine Anhänger wollten den Briten einen Prozess machen und die Freilassung iranischer Revolutionswächter, die sich im Irak in amerikanischer Gefangenschaft befinden, erzwingen. Die bedingungslose Freilassung war keineswegs freiwillig. Für Ahmadinedschad war es eine schwere Niederlage. Er hat daraus eine Show gemacht.

Was für Folgen hat diese Niederlage?

Banisadr: Die Folgen müssen jene tragen, die mit der Wahl Ahmadinedschads zum Staatspräsidenten die Staatsmacht gleichschalten und monopolisieren wollten. Diese Kräfte haben inzwischen ihr politisches Gewicht in der Gesellschaft verloren und selbst innerhalb des Regimes haben sie kaum noch Rückhalt. Ein großer Teil von jenen Revolutionswächtern, die Ahmadinedschad unterstützt hatten, hat inzwischen die Position gewechselt und ist zu seinem Rivalen, dem Teheraner Bürgermeister Ghalibaf, übergelaufen. Zurzeit wird sogar darüber diskutiert, wie man Ahmadinedschad loswerden könnte. Das Regime Ahmadinedschad ist nahezu ausgehöhlt, es hat nichts mehr zu bieten außer Krisen. In dieser Situation steckt Revolutionsführer Chamenei, der diesen Plan unterstützt hatte, in einer Zwickmühle. Soll er weiterhin Ahmadinedschad unterstützen und damit die Krise immer mehr vertiefen, oder soll er ihn aufgeben. In diesem Fall müsste er aber seinem Nachfolger weit mehr Macht zugestehen, was zur Einschränkung seiner eigenen Macht führen und praktisch das Ende des Systems des Welayat-e Faghieh, der Herrschaft der Geistlichkeit, bedeuten würde.

Kann man nicht davon ausgehen, dass auch Ahmadinedschad diese Lage erkennt, dass er die Flucht nach vorn ergreift und dabei soweit geht, dass er mit dem Teil der Revolutionsgarden, die ihn noch unterstützt, einen Putsch riskiert?

Banisadr: Eigentlich wird in der Islamischen Republik seit 1981 permanent geputzt, früher wurde das als „Permanente Revolution“ bezeichnet. Aber was für eine Perspektive könnte ein Putsch haben? Ahmadinedschad und seine Anhänger haben doch ihr ganzes Kapital bereits verspielt. Der einflussreiche Großayatollah Sanei hat kürzlich in einem Interview mit Le Monde gemeint, Ex-Staatspräsident Rafsandschani solle die Macht übernehmen und das Land aus der Krise herausretten. Diese Aussage ist enorm wichtig. Sie bedeutet, dass ein tiefer Bruch stattgefunden hat zwischen der etablierten Geistlichkeit und jenen Kräften bei den Revolutionswächtern und den Milizenorganisationen der Basidjis, die zurzeit die Regierung stellen. Das bedeutet auch, dass Revolutionsführer Chamenei nicht mehr in der Lage ist, die Zügel in die Hand zu nehmen.

Aber Rafsandschani würde doch nur die Regierung übernehmen, wenn er mehr Macht und Befugnisse bekäme. Damit würde er doch den Revolutionsführer völlig an den Rand drängen.

Banisadr: Nicht nur Rafsandschani, jeder andere, der gerufen würde, das Land zu retten, würde genauso handeln.

Was haben wir also für die nächste Zukunft zu erwarten?

Banisadr: Die Gegner Ahmadinedschads sind dabei, alles daran zu setzen, um ihn abzusetzen oder wenn sie es nicht schaffen sollten, ihn zu neutralisieren, bis seine Amtszeit zu Ende ist. Demgegenüber versuchen Ahmadinedschad und seine Anhänger die Macht um jeden Preis zu erhalten, indem sie ständig Krisen erzeugen. Nur so lässt sich auch die Krise mit den britischen Marinesoldaten erklären. Kein vernünftiges Regime würde fünfzehn fremde Soldaten auf hoher See festnehmen und damit zwei Wochen lang seinen Feinden im Ausland Gelegenheit zur Gegenpropaganda geben.

Was wird nun aus dem Atomkonflikt? Ist Iran tatsächlich dabei, die Bombe zu bauen?

Banisadr: Ich bin davon überzeugt, dass Iran nicht die Fähigkeit besitzt, die Bombe zu bauen, zumindest nicht in absehbarer Zukunft. Natürlich würden die Radikalen gerne Nuklearwaffen besitzen. Aber auch sie wissen, dass sie weit davon entfernt sind. Warum insistieren sie aber darauf, Uran anzureichern, warum setzen sie das Land Gefahren aus, die schwere Folgen haben können? Weil sie ohne Krisen nicht existieren können. Nehmen wir an, Iran würde einlenken, die Forderungen des Sicherheitsrats akzeptieren und Ruhe und Frieden herstellen. Dann würde doch der ganze Scherbenhaufen, den das Regime angerichtet hat, weit mehr als jetzt sichtbar werden. Die Regierung müsste Konzepte vorlegen, Reformen durchführen und im Land Ordnung schaffen. Aber wenn das Regime zu alledem fähig wäre, bräuchte es die Krisen nicht. Genau hier liegt das Problem.

Wer hat denn jetzt im Iran die Fäden in der Hand?

Banisadr: Niemand und alle. Es sind mafiöse Organisationen am Werk, von denen jeder mit allen Mitteln die ei-

genen Interessen durchsetzen will. Wirtschaftlich steht das Land unter einem enormen Druck. Die USA, auch die EU-Länder lassen ihre Wirtschaftsbeziehungen zum Iran immer mehr einfrieren. Iran müsste sich, wenn er die Konfliktstrategie fortsetzen will, wirtschaftlich auf größere Sanktionen vorbereiten. Dazu müsste die Inflation gebändigt und der Import stark eingeschränkt werden, die Ausgaben müssten stark reduziert werden und noch vieles mehr. Außerdem müsste das Land militärisch in der Lage sein, sich bei möglichen Angriffen zur verteidigen. Doch auch hier fehlt es an allen Ecken und Enden.

Wie groß ist Ihrer Meinung nach die Gefahr eines militärischen Angriffs durch die USA?

Banisadr: Die militärischen Vorbereitungen sind jedenfalls längst getroffen, und nun wird jeder Anlass dazu verwendet, um auch die Stimmung dafür vorzubereiten. Iran wird dämonisiert und immer mehr zum Objekt des Hasses aufgebaut. Dazu liefert auch das Regime in Teheran genug Stoff. Denken Sie an die Verbalattacken Ahmadinedschads oder an die Videoaufnahmen der britischen Soldaten. Das iranische Regime gehört heute zu den am meisten verhassten in der Welt. Es ist sogar so weit, dass selbst die Kriegsgegner einen Krieg gegen Iran nur noch ablehnen, weil sie schlimme Folgen befürchten. Zu den Vorbereitungen gehören auch die Mobilisierung arabisch-sunnitischer Staaten gegen das schiitische Iran und der Versuch, die Konflikte zwischen den Ethnien im Iran zu schüren oder iranische Staatsbürger im Irak und anderswo zu verfolgen. Die Vorbereitungen zum Krieg sind also schon weiter als wir es wahrhaben wollen.

Was hat Iran für die Zukunft zu erwarten?

Banisadr: Zwei Bedingungen für einen Regimewechsel sind so gut wie erfüllt: Das Regime ist von innen hohl und kaum noch regierungsfähig und die überwiegende Mehrheit im Volk wünscht einen Wechsel herbei. Zwar existiert im Iran eine weit entwickelte Zivilgesellschaft, aber was fehlt ist eine für das Volk glaubwürdige Alternative.

## II. Wirtschaft

### **Energiekonzern OMV will Erdgasreserven im Persischen Golf anzapfen**

Der österreichische Energiekonzern OMV hat mit der nationalen iranischen Ölgesellschaft (NIOC) eine Absichtserklärung bezüglich eines Erdgasprojekts unterzeichnet. Dabei handelt es sich um mögliche Beteiligungen des Unternehmens an der Entwicklung von Teilen des Gasfelds Süd-Pars im Persischen Golf, eine Verflüssigungsanlage für Liquefied Natural Gas (Iran LNG) sowie Bezugsverträge für Liquefied Natural Gas (LNG). Dies erklärte das Unternehmen am 21. April. Das Projekt wäre das erste Erdgasprojekt der OMV im Iran, zitierte die österreichische Nachrichtenagentur APA OMV-Sprecher Thomas Huemer. Bisher ist OMV im Iran in einem Erdölprojekt tätig. Pars ist das weltweit größte bekannte Gasfeld und liegt zum Teil auf iranischem und zum Teil auf katarischem Gebiet.

Das Geschäft hat nach iranischen Angaben einen Wert von 30 Milliarden US-Dollar und geht über einen Zeitraum von 25 Jahren.

OMV wies die Kritik, die nach Bekanntwerden des Milliardenengeschäfts aus den USA laut wurde, zurück. „Wir werden uns selbstverständlich an alle nationalen, EU- und UNO-Gesetze halten, sagte OMV-Chef Wolfgang Ruttersdorfer am 24. April der Nachrichtenagentur APA. Die österreichische Außenministerin Ursula Plassnik hatte das Projekt bereits am Tag zuvor in Luxemburg verteidigt. OMV ist das größte Unternehmen der Alpenrepublik.

Die US-Regierung hatte sich „besorgt“ über die geplante Zusammenarbeit zwischen OMV und der national-iranischen Ölgesellschaft geäußert und Konsequenzen bis zu Sanktionen gegen OMV angedroht.

Nach Meinung des Sprechers des US-Außenministeriums, Sean McCormack, ist es für den Abschluss des Vertrages für Washington „nicht die günstigste Zeit“ (...) wenn Iran (wegen seiner umstrittenen Nuklearplänen) mit dem Rest der internationalen Gemeinschaft konfrontiert ist.“ Die US-Regierung werde der Regierung in Wien ihre Bedenken vortragen, auch wenn die jüngsten Sanktionsbeschlüsse der Vereinten Nationen gegen Teheran die österreichischen Pläne nicht berühren. Die iranische

Haltung zum Terrorismus und die Einmischung im Irak sollten Länder dazu bringen, selbst lukrative Geschäfte mit Teheran zu überdenken, meinte McCormack.

Außenministerin Plassnik verteidigte das Geschäft: „Ich sehe diesen Vorgang durchaus auch im Sinne der Energiesicherheit, die für uns insgesamt ein Thema ist, und natürlich auch ein Thema für Österreich“, sagte die Ministerin am Rande des EU-Außenministertreffens in Luxemburg. Im Übrigen gebe es „keinen generellen Wirtschaftsboykott“ gegen den Iran.

#### **Iran will Bau von Atomkraftwerken ausschreiben**

Iran will demnächst den Bau von zwei neuen Atomkraftwerken ausschreiben. Der Wettbewerb laufe auf internationaler Ebene, sagte am 15. April Ahmad Fajasbachsch, ein Vertreter der iranischen Atomorganisation. Jedes Unternehmen könne sich beteiligen. Auch europäische Firmen hätten bei privaten Besprechungen Interesse gezeigt. Die Kraftwerke sollen in Buschihir entstehen, wo derzeit mit russischer Hilfe das erste Atomkraftwerk gebaut wird.

Nach Angaben Fajasbachschs sind zwei Leichtwasserreaktoren mit einer jeweiligen Kapazität von bis zu 1600 Megawatt geplant. Der Brennstoff für die Reaktoren werde auf lange Sicht teils im eigenen Land hergestellt, teils importiert. In Dokumenten, die Journalisten gezeigt wurden, hieß es, die Aufträge hätten jeweils ein Volumen von bis zu 1,7 Milliarden Dollar. Der Bau dauere neun bis elf Jahre.

Ein westlicher Diplomat sagte der Agentur Reuters zufolge, Iran wolle mit der angekündigten Ausschreibung glaubhaft machen, dass das Urananreicherungsprogramm zivilen Zwecken diene. Es ginge hier nur um Politikmache.

Die Regierung in Teheran hatte bereits angekündigt, dass sie bis 2020 Kraftwerke mit einer Kapazität von insgesamt 20.000 Megawatt in Betrieb haben wolle. Wenige Tage zuvor hatte Präsident Ahmadinedschad verkündet, sein Land sei in der Lage in industriellem Maßstab Uran anzureichern.

### **III. Außenpolitik**

#### **Ahmadinedschads frohe Botschaft**

Die Ankündigung des iranischen Staatspräsidenten Mahmud Ahmadinedschad am 9. April, sein Land sei im Club der Atomkräfte angekommen, hat wie erwartet und von ihm erhofft, vor allem im Westen heftige Reaktionen ausgelöst. In Washington wurden die Äußerungen als „ein neues Zeichen der Missachtung der internationalen Gemeinschaft“ bezeichnet. London forderte Iran abermals auf, die Urananreicherung auszusetzen und an den Verhandlungstisch zurückzukehren. UN-Generalsekretär Ban Ki Moon ermahnte Teheran, die Resolutionen des UN-Sicherheitsrats zu akzeptieren. Und Russland nannte die Ankündigung aus Teheran „eine Provokation“.

Ahmadinedschad hatte genau vor einem Jahr fast mit denselben Worten erklärt, der Iran sei in der Lage, den nuklearen Brennstoff im eigenen Land herzustellen und diese „frohe Botschaft“ zum Anlass genommen, um den Tag zum nationalen Feiertag zu erklären. Wie damals wurde auch jetzt bezweifelt, ob Iran tatsächlich zur Herstellung des atomaren Brennstoffs fähig ist – dazu sind mehrere Tausend Zentrifugen nötig. Die Zweifel wurden dadurch verstärkt, dass Ahmadinedschad keinerlei konkrete Angaben machte. Der Chef der iranischen Atombehörde Gholamreza Aghzadeh erklärte einen Tag später: „Das Ziel der islamischen Republik Iran ist nicht bloß der Aufbau von 3000 Zentrifugen in der Anlage von Natans. Wir haben alles geplant, um 50.000 Zentrifugen zu installieren.“ Mit anderen Worten, Iran ist noch weit davon entfernt, den nuklearen Brennstoff herstellen zu können, geschweige denn die Bombe zu bauen.

Russland zeigte Skepsis gegenüber dem tatsächlichen Erfolg Irans. Das Außenministerium in Moskau erklärte, es gebe keinen Beweis und keine Erkenntnis über eine grundlegende Änderung beim iranischen Atomprogramm. Auch China verhielt sich nach der Ankündigung Ahmadinedschads recht zurückhaltend. Außenminister Cheng Jingye bekräftigte, sein Land setze weiterhin auf eine diplomatische Lösung des iranischen Atomkonflikts. Er rief alle Seiten zu Geduld und Zurückhaltung auf. Nun müssten die diplomatischen Bemühungen verstärkt und Verhandlungen wieder in Gang kommen.

Anders die Töne aus Washington. Der Sprecher des US-Präsidenten George W. Bush, Gordon Johndroe, zeigte sich „sehr besorgt“ über die Entwicklung. „Wir rufen das iranische Regime auf, seine Verpflichtungen gegenüber der IAEA und dem UN-Sicherheitsrat zu erfüllen“, sagte er. Auch der Sprecher des US-Außenministeriums, Sean McCormack, betonte, die jüngste Entwicklung zeige die „vergebene Chance“ für die iranische Führung, die internationalen Sorgen ernst zu nehmen. Die Erklärung Ahmadinedschads zeige, dass die internationale Gemeinschaft zu Recht Sanktionen verhängt habe, sagte McCormack.

Ähnliche Stellungnahmen waren aus London zu vernehmen. Die britische Regierung sei über die Ankündigung besorgt. Sie bedeute einen weiteren Verstoß gegen die Beschlüsse des Weltsicherheitsrats und der IAEA, sagte ein Sprecher des Außenministeriums. „Die internationale Gemeinschaft steht zusammen, um sicherzustellen, dass der Iran nicht die Mittel entwickelt, um in den Besitz von Atomwaffen zu kommen.“

Der CDU-Politiker Eckart von Klaeden nahm die Attacken aus Teheran zum Anlass, um das von den USA geplante Raketenabwehrsystem zu rechtfertigen. „Meiner Ansicht nach ist der Iran derzeit die größte Gefahr für den internationalen Frieden“, sagte der außenpolitische Sprecher der Unionsfraktion. Deswegen müsse sich Deutschland Gedanken machen, wie es sich schützen könne. „Dazu gehört, dass wir innerhalb der NATO mit größerer Entschlossenheit die Debatte über das Raketenabwehrsystem führen. Wir müssen unsere eigenen Sicherheitsinteressen in den Vordergrund stellen.“

#### **EU und Iran melden Fortschritte im Atomgespräch**

Die EU und Iran haben bei den Verhandlungen im Atomkonflikt nach eigenen Angaben Fortschritte erzielt. EU-Chefdiplomat Javier Solana bezeichnete die Gespräche am 25. April als konstruktiv. Auch der iranische Chefunterhändler Ali Laridschani sprach von einem Fortschritt, ohne dies näher auszuführen. Beide Seiten wollen sich in zwei Wochen erneut treffen.

„Wir hatten heute Abend einen guten Austausch zu verschiedenen Themen,

darunter auch zum iranischen Atomprogramm“, sagte Laridschani. Die ersten Gespräche seit zwei Monaten, die in Ankara stattfanden, hatten bis zum späten Abend gedauert.

Solanas Beratern zufolge bietet die EU Iran eine „doppelte Aussetzung“ an: Iran soll demnach, wie vom UN-Sicherheitsrat gefordert, alle Arbeiten zur Urananreicherung aussetzen. Im Gegenzug werde die internationale Gemeinschaft die Umsetzung der Sanktionen stoppen, die sie vier Wochen zuvor verschärft habe. Einen ähnlichen Vorschlag hatte bereits vor Wochen der Generalsekretär der Internationalen Atombehörde (IAEA), El Baradei, vorgelegt.

Nach seinem Gespräch mit Laridschani rief Solana am 27. April die USA auf, „einen Kommunikationskanal“ mit Iran zu öffnen. Dabei solle es um alle Themen gehen, darunter die Atomfrage, sagte Solana in Brüssel bei einer Veranstaltung des German Marshall Fund of the United States. „Wir müssen jetzt herausfinden, inwieweit die USA bereit sind, sich zu engagieren“, fügte er hinzu. Über dieses Thema wolle er mit der Regierung in Washington beim EU-USA-Gipfel am 30. April sprechen, kündigte Solana an.

Umso erstaunlicher mutet die Nachricht an, dass nach Auskunft eines Diplomaten in Brüssel, die Staaten der Europäischen Union schärfere Sanktionen gegen Iran planen. Demnach wollen die 27 Staaten das Vermögen von 15 weiteren Regierungsvertretern einfrieren, die am Atomprogramm beteiligt sind. Damit gehe die EU erneut über die Sanktionsbeschlüsse des UN-Sicherheitsrats hinaus. Allerdings betonten die in Luxemburg versammelten EU-Außenminister erneut ihre Bereitschaft zu Verhandlung, falls Teheran die Uran-Anreicherung aussetzt.

Kaum Unterstützung gebe es bei den EU-Staaten jedoch für die Forderung der USA, Exportgarantien für Geschäfte mit Iran zu verbieten, sagte ein Diplomat. Die EU wolle diesen Schritt nicht ohne breite Rückendeckung durch den Rest der Welt gehen. Vor allem Deutschland, Frankreich, Italien, Österreich und Griechenland seien zögerlich. Großbritannien sei für Einschnitte bei Bürgschaften für neue Geschäfte mit dem ölreichen Land. Unterstützung dafür käme aus den Niederlanden und einigen skandinavischen Ländern. Allerdings

gehe das Geschäft mit Iran wegen des steigenden Drucks der USA bereits stark zurück.

#### **USA: Iran unterstützt Iraker bei der Entführung von Soldaten**

Die USA haben Iran vorgeworfen, die Entführer von fünf US-Soldaten ausgebildet und ausgerüstet zu haben. Die Soldaten waren im Januar in der irakischen Stadt Kerbela gekidnappt und umgebracht worden. Die El-Kuds-Brigaden, eine Eliteeinheit der iranischen Revolutionswächter, hätten „ohne Zweifel“ in Verbindung mit dem irakischen Terrornetzwerk El Kashali gestanden. Die Terrororganisation habe die US-Soldaten in der schiitischen Pilgerstadt Kerbela in seine Gewalt gebracht und dann getötet, sagte der Kommandeur der US-Streitkräfte im Irak, David Petraeus am 26. April vor Journalisten in Washington.

Die iranischen Revolutionswächter hätten die Geiselnahmer ausgebildet und ihnen Geld und Waffen zur Verfügung gestellt. Einen konkreten Hinweis auf direkte Tatbeteiligung der Iraner gebe es allerdings nicht, sagte Petraeus weiter. Die Lage im Irak nannte er „äußerst komplex und sehr hart“. Mit US-Verteidigungsminister Robert Gates habe er vereinbart, dass er im September eine Einsschätzung des US-Einsatzes und Empfehlungen zum weiteren Vorgehen vorlegen werde.

#### **NATO besorgt über angebliche iranische Waffen in Afghanistan**

Die 26 Mitgliedsstaaten der NATO sind besorgt über das Auftauchen von iranischen Waffen in Afghanistan. „Es gibt im Kreis der Mitglieder eine sehr deutliche Sorge, dass diese Meldungen zutreffen“, sagte dpa zufolge ein NATO-Diplomat am 20. April in Brüssel zu entsprechenden Berichten aus den USA. US-Generalstabschef Peter Pace hatte vier Tage zuvor mitgeteilt, bei den radikalislamischen Taliban seien Mörser, Munition und Sprengsätze aus iranischer Produktion gefunden worden. Iran hatte bereits die amerikanischen Vorwürfe zurückgewiesen.

„Es gibt Erkenntnisse, die diese Information bestätigen“, hieß es am Freitag (20. April) in der NATO-Zentrale. Die Waffen seien diesen Erkenntnissen zufolge auf dem Landweg

aus Iran nach Afghanistan gebracht worden. Unklar sei jedoch, ob die iranische Regierung an diesen Lieferungen beteiligt gewesen sei oder auch nur davon gewusst habe. „Über den Ursprung dieser Waffenlieferungen sind wir uns nicht sicher“, sagte ein Diplomat.

Der Sprecher des Außenministeriums in Teheran hatte am Vortag (19. April) erklärt, Amerika unternehme mit seinen Behauptungen, Iran unterstütze die radikalislamischen Taliban, einen weiteren Versuch, die eigenen Misserfolge in Afghanistan zu verschleiern. US-Außenstaatssekretär Richard Boucher hatte in Brüssel gesagt, die USA meinten, „eine Reihe von Indikatoren dafür zu haben, dass Iran sich stärker in ungesunder Weise in Afghanistan betätigt“. Die von der NATO geführte Afghanistan-Schutztruppe ISAF hat derzeit rund 36 000 Soldaten im Land stationiert.

#### **USA lassen im Irak festgehaltene Iraner in Haft**

Die US-Regierung hat einem Zeitungsbericht zufolge die Freilassung von fünf im Irak festgehaltenen Iranern abgelehnt. Dies sei nach intensiven internen Diskussionen entschieden worden, berichtete die Washington Post am 14. April. Die fünf sollen nun in ein spezielles Haftprüfungsprogramm aufgenommen werden, das bereits für 250 andere im Irak festgehaltene ausländische Gefangene gilt. Es sieht alle sechs Monate eine Überprüfung der Haftgründe vor. Der nächste Termin ist voraussichtlich nicht vor Juli. Während sich US-Außenministerin Condoleezza Rice für eine Freilassung ausgesprochen habe, sei Vize-Präsident Dick Cheney dagegen gewesen, berichtete die Zeitung.

US-Streitkräfte hatten die fünf Iraner in der kurdischen Stadt Erbil gefangen genommen. Sie sollen in Verbindung mit den iranischen Revolutionswächtern Sprengsätze für Angriffe auf US-Truppen im Irak geliefert haben. Iran wiederum erklärte, bei den Festgehaltenen handele es sich um Diplomaten, die freigelassen werden müssten.

Teheran hoffte, mit der Freilassung der britischen Marinesoldaten im vergangenen Monat auch die Entlassung der gefangenen Iraner erreichen zu können.

**Gates hält Dialog mit Iran für zentral**

US-Verteidigungsminister Robert Gates hat für den Fall des Zusammenbrechens des Irak ein düsteres Bild gezeichnet. Wenn die staatlichen Strukturen des Landes zusammenbrächen, hätte dies negative Auswirkungen auf die Sicherheit und den Wohlstand in allen Ländern des Nahen Ostens, sagte Gates am 18. April vor der amerikanischen Handelskammer in Kairo. Ein komplettes Zusammenbrechen werde in der Region deutlich früher zu spüren sein als in Washington oder New York.

In Bezug auf den Iran, dem die USA vorwerfen, schiitische Aufständische im Irak zu unterstützen, sagte Gates in Kairo, er halte einen Dialog mit Iran für zentral. Allerdings sollten sich Washington und seine Verbündeten „keinen Illusionen“ hingeben, was die Intention Irans im Irak oder in der Atomfrage angehe.

Kairo war nach der jordanischen Hauptstadt Amman die zweite Station auf der Nahost-Reise des US-Verteidigungsministers. Danach begab sich der Minister nach Tel Aviv. Ziel seiner Reise war, insbesondere mehr Unterstützung für die US-Politik im Irak zu erhalten und Irans Einfluss im Irak und in der Region einzudämmen. Auch der Palästina-Konflikt sowie der Verkauf von modernen Waffen an arabischen Staaten wurden erörtert.

Die Stärkung der libanesischen Regierung von Fuad Seniore, die Beschleunigung des Friedensprozesses zwischen den arabischen Staaten und Israel und der Verkauf von modernen Waffen an arabische Staaten gehören zwar zu der US-Strategie im Nahen Osten. Doch es scheint, dass die Aktualisierung dieser Aktivitäten direkt oder indirekt gegen Iran gerichtet ist.

Offenbar sucht die US-Regierung neben der militärischen Option andere Wege, um Iran zu isolieren und das Regime in die Knie zu zwingen. Dass die so genannten moderaten arabischen Staaten dieser Strategie bereitwillig Folge leisten, hängt damit zusammen, dass sie sich davor fürchten, Iran könnte tatsächlich zur dominierenden Macht in der Region werden und auch die schiitischen Minderheiten in den Golfstaaten für seine Politik begeistern. Daher treten die arabischen Staaten seit geraumer Zeit gegenüber Israel moderater auf. Dasselbe gilt umgekehrt für

Israel. Es sieht so aus, als ob der gemeinsame Feind Iran Grund genug ist, um eine Versöhnung anzustreben.

**Weißes Haus fordert von Iran Angaben über vermissten US-Bürger**

Das Weiße Haus hat die Regierung in Teheran erneut aufgefordert, Informationen über einen in Iran verschollenen US-Bürger zu liefern. Die US-Regierung habe bislang keine „vertrauenswürdigen Informationen über den Aufenthaltsort“ von Robert Levinson erhalten, sagte Außenamtssprecher Sean McCormack am 16. April in Washington. Deswegen sei über die Schweiz eine weitere Bitte an die iranische Regierung weitergeleitet worden, seinen Verbleib zu klären. (Die USA und Iran unterhalten seit 1980 keine diplomatischen Beziehungen mehr. Die Schweiz vertritt die US-Interessen in Iran.) McCormack fügte hinzu, er glaube nicht, dass die politischen Differenzen zwischen den USA und Iran eine ernsthafte Suche nach Levinson verhindern würden.

Die USA hatten Teheran bereits zweimal gebeten, den Verbleib des Mannes zu klären. Der frühere FBI-Agent und Wissenschaftler Levinson war nach US-Angaben privat in Iran unterwegs. Bei einem Besuch der Insel Kisch vor der iranischen Küste am Persischen Golf habe sich seine Spur verloren.

Einem Zeitungsbericht zufolge werde Levinson in Teheran festgehalten. Wenige Tage vor der offiziellen Aufforderung Washingtons an Teheran, Levinson freizulassen, zitierte die „Financial Times“ in ihrer Ausgabe vom 13. April Dawud Salahuddin, einen Bekannten des Wissenschaftlers. Salahuddin gab an, mit Levinson im vergangenen Monat in Iran ein Hotelzimmer geteilt zu haben. Die beiden Männer hätten Besuch von den iranischen Behörden bekommen. Diese hätten Salahuddin für einen Tag in Gewahrsam genommen. Bei seiner Rückkehr ins Hotel sei Levinson verschwunden gewesen.

Es gebe Leute, die genau wüssten, wo Levinson sei, sagte Salahuddin. Sein Treffen mit dem Ex-Agenten habe einen geschäftlichen Hintergrund gehabt. Levinson habe im Auftrag einer Tabakfirma Nachforschungen über Zigarettenschmuggel angestellt.

**Papst empfängt im Mai Chatami**

Papst Benedikt XVI. wird am 4. Mai den früheren iranischen Staatspräsidenten Mohammad Chatami treffen. Der Termin der Begegnung, die eigentlich schon für den vergangenen Herbst geplant war, wurde aus Kreisen des Vatikans bekannt. Nach Informationen der italienischen Nachrichtenagentur Ansa hält sich Chatami vom 3. bis zum 11. Mai in Italien auf. Auch Treffen mit dem italienischen Regierungschef Romano Prodi und Außenminister Massimo D'Alema seien geplant.

Der Papst hatte bei seinem Deutschlandbesuch im September vergangenen Jahres bei einem Vortrag in Regensburg eine Äußerung des byzantinischen Kaisers Manuel II. Paläologos zitiert, wonach der Prophet Mohammed „nur Schlechtes und Inhumanes“ gebracht habe. Diese Äußerung stieß auf scharfe Proteste in der islamischen Welt. Eine für Ende Oktober 2006 angesetzte Reise nach Rom ließ Chatami deswegen platzen.

**Mehrheit der Deutschen traut Iran Bau der Atombombe zu**

Die große Mehrheit der Deutschen glaubt einer Umfrage zufolge, dass Iran den Bau einer Atombombe plant. Nach einer am 11. April in Berlin veröffentlichten Forsa-Umfrage für den Nachrichtendienst n-tv glauben dies 78 Prozent. Nur 13 Prozent der Bevölkerung meinen, Iran sei an einer friedlichen Nutzung des Urans in Atomkraftwerken interessiert. Westdeutsche glauben mit 81 Prozent deutlich häufiger als Ostdeutsche (65 Prozent), dass Iran den Bau von Nuklearwaffen anstrebt.

**Iranischer Diplomat berichtete über die Zeit seiner Gefangenschaft im Irak**

Ein iranischer Diplomat, der 57 Tage in einem US-Gefängnis im Irak verbracht hatte, erschien am 12. April in einem Rollstuhl und als Patient gekleidet auf einer Pressekonferenz in Teheran, um noch einmal über seine Erlebnisse in der Gefangenschaft zu berichten.

Djalal Scharafi erklärte, er sei von einem Amerikaner verhört und gefoltert worden. So deutlich hatte er beim ersten Bericht nach seiner Freilassung

nicht gesprochen. Demgegenüber haben US-Behörden jede Einmischung in die Angelegenheiten der Gefangennahme des iranischen Diplomaten entschieden zurückgewiesen.

Auf der Pressekonferenz, die im Teheraner Außenministerium stattfand, gab Scharafi eine erschreckende Darstellung seines Gefängnisaufenthalts. Die Leute, die ihn im Februar auf offener Straße in Bagdad gekidnappt haben, hätten Uniform getragen und bei seiner Festnahme Englisch und Arabisch gesprochen. Er sei im Gefängnis mit Drahtpeitschen geschlagen worden. Mit einem bohrerähnlichen Gerät habe man ihm Löcher in die Fußsohle gebohrt. Als Beweis für seine Aussagen zeigte er die Narben an seinem Körper. Die Folterer hätten, um ihn zu Geständnissen zu zwingen, Scheinhinrichtungen abgehalten.

Seine Bewacher hätten versucht, den Eindruck zu erwecken, sie seien Terroristen. Doch es habe sich später herausgestellt, dass sie in Wirklichkeit zivile Beamte gewesen seien. Auch die Einrichtung des Gefängnisses und der Umstand, dass es immer Strom gegeben habe, hätten gezeigt, dass seine Bewacher keine Terroristen gewesen seien.

Scharafi, der zweiter Stellvertreter der iranischen Botschaft in Bagdad ist, erklärte weiter, er sei nach tagelangen Folterungen an einen anderen Ort gebracht worden. Am dritten Tag sei ein Amerikaner erschienen, der ihn auf Englisch und mit Hilfe eines Dolmetschers verhört habe. Dieser habe sich zunächst freundlich verhalten. Doch nachdem er keine Geständnisse erzwingen konnte, habe er ihn brutal gefoltert.

Auf die Frage eines Journalisten, wie er erkannt habe, dass es sich um einen Amerikaner handelte, sagte Scharafi, er habe dies den Gesprächen seiner Bewacher entnehmen können als er aus der Bewusstlosigkeit langsam aufwachte. Außerdem habe der Amerikaner selbst gesagt, dass er mit der amerikanischen Botschaft in Verbindung stehe und für seinen Fall verantwortlich sei. Bei den Verhören sei es hauptsächlich um die Rolle Irans im Irak gegangen, sagte der Diplomat.

Ein Arzt, der nach den Äußerungen Scharafis über dessen Gesundheitszustand berichtete, erklärte, er habe bei dem Patienten Verletzungen am Kopf

und an der Nase festgestellt. Andere Symptome für die Richtigkeit der Aussagen des Diplomaten seien ein Riss des Trommelfells und Blutergüsse insbesondere am Rücken. Auch die psychischen Folterungen wie Scheinhinrichtungen und Bedrohungen durch Hunde hätten gravierende Folgen gehabt.

Ein Vertreter des Internationalen Roten Kreuzes bestätigte die Anzeichen von Verletzungen am Körper des Diplomaten. Zu den Ursachen äußerte er sich jedoch nicht.

#### **Iran lässt zwei Schweden frei**

Iran hat am 16. April zwei schwedische Bauarbeiter freigelassen, die mehr als ein Jahr wegen Spionage inhaftiert waren. Die beiden waren voriges Jahr festgenommen und anschließend mit der Begründung verurteilt worden, sie hätten Militäranlagen auf einer Insel der Hafenstadt Bandar Abbas fotografiert. Das iranische Außenministerium nannte die Freilassung einen „Gnadenakt“.

Der Fall weckt Erinnerungen an das Schicksal des Deutschen Donald Klein, der über ein Jahr in Iran inhaftiert war und erst im März freikam. Klein und der Franzose Stephane Lherbier waren Ende November 2005 beim Hochseeangeln wegen illegalen Eindringens in iranische Hoheitsgewässer zu 18 Monaten Haft verurteilt worden. Lherbier wurde bereits im Februar freigelassen.

#### **Franzose darf nach zehn Wochen Hausarrest Iran verlassen**

Ein in Iran festgehaltener französischer Wissenschaftler konnte nach zehn Wochen Hausarrest wieder in seine Heimat zurückkehren. Stéphane Dudoignon war am 30. Januar festgenommen worden, nachdem er ein Foto von einer schiitischen Prozession in der südwestlichen Stadt Tschahbahar gemacht hatte. Die Behörden nahmen ihm den Pass ab und verweigerten ihm die Rückkehr nach Frankreich. Am 12. April teilte das iranische Außenministerium mit, Dudoignon habe seine Papiere zurückerhalten und könne am nächsten Tag ausreisen.

In Frankreich wurde die Meldung mit Erleichterung aufgenommen. Außenminister Philippe Douste-Blazy erklärte, er sei zufrieden, dass eine Lösung gefunden worden sei. Der 45-jährige Wissen-

schaftler war im Auftrag des nationalen französischen Forschungsinstituts CNRS in Iran unterwegs. Er habe mit Wissen der regionalen Behörden bereits Forschungsreisen in die Region Sistan-Balutschistan unternommen. Bisher sei ihm niemals ein Visum verweigert worden. Über den Grund seiner Verhaftung und des Hausarrestes, den er im Haus seiner Schwiegereltern in Teheran verbrachte, machte die iranische Regierung keine Angaben. Sein Pass sei aufgrund „bestimmter Probleme“ eingezogen worden, sagte ein Sprecher des Außenministeriums in Teheran.